

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Kellern 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 14. Juni. Das Abgeordnetenhaus fand sich gestern nach der Pausenpause wieder zusammen, um die letzte ihm noch vorliegende größere Materie, das Tarifabgabengesetz, in die zweite Beratung zu nehmen. Nach dem übereinstimmenden Zeugnis der Redner aus dem Hause und des Eisenbahnministers Thielen hat die mit der Vorberatung betraute Kommission eine Reihe dankenswerter Klarstellungen und Verbesserungen an dem Entwurf vorgenommen; nur wenige Differenzenpunkte sind verblieben. Bei der Diskussion über § 1, welcher als Bahnen im Sinne dieses Gesetzes diejenigen bezeichnet, die über als Vollbahnen nach dem Gesetze von 1838, noch als Sekundärbahnen betrieben werden, wurde zunächst die wohl nicht eben hervorragende Prinzipienfrage, ob diese Bahnen hinfert Vollbahnen, wie die Kommission will, oder Kleinbahnen, wie ein Antrag Janßen vorbrachte, genannt werden sollen, im Sinne dieses Antrages entschieden. Darnach fand eine Debatte über die Streitfrage statt, welche Ausdehnung dem Begriff „Eisenbahn“ im Sinne der Reichsgeverordnung beizumessen, ob speziell die Pferdebahnen nach den Vorschriften des Reichsgegesetzes zu beurteilen oder, wovon die Vorlage ausgeht, als Eisenbahnen der Landesgesetzgebung zu unterstellen sind. Die Kommission hat keine Entscheidung getroffen, sondern hegt die Erwartung, daß von Seiten des preussischen Ministeriums bei Reichstags und Bundesrat die Anregung zu einer authentischen Erklärung des fraglichen Begriffes in § 6 der Geverordnung gegeben wird, um jeden Zweifel in dieser Beziehung für die Zukunft zu beseitigen. Derselben Erwartung gaben die Abg. Krause, Hammer und Rödert Ausdruck; der letztgenannte Abgeordnete kündigte an, daß, falls die Regierung in der Frage wider Erwarten die Initiative nicht ergreifen sollte, dieselbe sich aus der Mitte des Reichstages heraus ergreifen werden würde. Minister Thielen erklärte ein Bedürfnis zu der verlangten Erklärung nicht an, da es sich doch stets um Landesangelegenheiten handeln würde; andererseits aber könne man bei einer Erklärung des § 6 der Geverordnung nicht halt machen, müsse vielmehr folgerichtig auch zur Erklärung des Abgabengesetzes, des Strafgesetzes u. s. w. schreiten. Die Regierung habe übrigens schon längst das Erforderliche in der Sache getan, sie habe sich bei Aufstellung des Entwurfs mit dem Reichstagsrat des Innern ins Benehmen gesetzt und sich vergewissert, daß dasselbe den gleichen Standpunkt einnimmt. Die §§ 1 bis 2 wurden darauf im Wesentlichen unverändert nach den Kommissionsvorschlüssen angenommen. Bei § 3 fand die Bestimmung, daß vor der Genehmigung die Betriebsmittel auf ihre Befähigung und Zuverlässigkeit polizeilicher Prüfung unterliegen sollen, von verschiedenen Seiten Widerspruch; es geht zu weit, wenn man die Pferde der Pferdebahnen und die Kutscher und Schaffner derselben „im Staatsinteresse“ folgergerade dem Versehen der Polizei ausantworten wolle. In diesem Sinne äußerten sich die Abgeordneten Imwalle, Simon, Hammer und Rödert, während die Abg. von Tiedemann, Womitz (fr.) und Frey (lonf) und der Minister Thielen die hier beantragte Polizeibefähigung für unbedingt notwendig erklärten. Ein Antrag Imwalle bezweckte die Prüfung der Zuverlässigkeit der Angestellten nur für solche Bahnen vorzuschreiben, die mit Dampfkraft betrieben werden. Auch hier gegen sprach sich der Minister aus. Bei der Abstimmung wurde ein Antrag Hammer angenommen, wonach die polizeiliche Prüfung vor der Genehmigung der Anlage sich nur auf die technische Befähigung und Zuverlässigkeit der im äußeren Betriebsdienst angestellten Bediensteten erstrecken soll; im Uebrigen verblieb es bei den Kommissionsvorschlägen.

Ohne erhebliche Diskussion werden auch die weiteren Paragraphen bis § 12 einstimmig nach dem Kommissionsantrag angenommen.
 Darauf verlag das Haus die weitere Beratung auf Dienstag 11 Uhr.
 Schluß 3½ Uhr.

Berlin, 14. Juni. Vor einiger Zeit wiesen wir auf die Bestimmungen des neuen, mit dem 1. Januar 1893 völlig in Kraft tretenden Krankenversicherungsgesetzes hin, welche sich auf die Berufsgenossenschaften beziehen, und empfahlen den letzteren, in ihrem eigenen Interesse von der ihnen dahelfest gewährenden Ermächtigung der Beeinflussung des Kaiserhofes häufig Gebrauch zu machen. Der in Hamburg stattgehabte diesjährige Berufsgenossenschaftstag hat, wie wir aus den Berichten über seine Verhandlungen ersehen, eine Resolution angenommen, in welcher die Berufsgenossenschaften aufgefordert werden, das Kaiserhofes erforderlichenfalls schon in den ersten dreizehn Wochen zu übernehmen. Damit ist das Prinzip anerkannt, was wir empfohlen haben. Allerdings muß den einzelnen Berufsgenossenschaften die Entscheidung darüber überlassen bleiben, welche Unfälle Übernahme sie schon in den ersten dreizehn Wochen für erforderlich halten, jedoch sollte man hierin künftig nicht zu bedächtig vorgehen. Alle diejenigen Unfälle, welche die äußeren Gliedmaßen betreffen und deren spätere Bewegungsvermögen in Frage stellen, sollten ohne weiteres den Krankenkassen abgenommen werden. Es treffen ja überhaupt hier in glücklicher Harmonie die Interessen des Arbeiters an der Erhaltung seiner Erwerbsfähigkeit und der Arbeitgeber an der durch möglichst gute Herstellung der Verletzten herbeizuführenden Verringerung der Unfallversicherungskosten zusammen. Je frühzeitiger überdies eine Verletzung in der denkbar besten Weise zur Heilung geführt wird, umso leichter wird der größtmögliche Grad von Erwerbsfähigkeit wiederhergestellt. Deshalb ist den Berufsgenossenschaften nur zu rathen, die Resolution des Berufsgenossenschaftstages in der Praxis zur weitesten Durchführung zu bringen. Bieleicht wäre es möglich, die Ärzte der Krankenkassen zu bewegen, daß sie sich über die einzelnen Fälle mit den Ärzten der Berufsgenossenschaften in Verbindung setzen, damit die letzteren entscheiden, welche Unfälle und wie zeitig dieselben auf die Berufsgenossenschaften übergeben sollen.

— Ein umfangreicher handschriftlicher Nachlaß ist von der kürzlich verstorbenen Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin hinterlassen worden. An eine literarische Benutzung

dieser Papiere dürfte jedoch nicht zu denken sein, da die Großherzogin-Mutter einen politischen Einfluß kaum ausgeübt hat und andererseits sich ihrem Familienbild mit Hilfe der vorgefundenen Dokumente neue Blätter nicht anfügen lassen würden. Sie zeigt sich vielmehr auch hier als die milde, gütige, heitere und doch so charakterfeste Fürstin, als welche sie bereits jetzt fortlebt.

— Graf Herbert Bismarck, Graf Wilhelm Bismarck und deren Schwäger Graf Rangen und Baron Rogen treffen am 17. d. in Wien ein und werden in Schindlers „Hotel Munich“ wohnen, während die Braut, Komtesse Marie Jopos, die mit ihren Angehörigen am selben Tage anlangt, im Hotel „Erzherzog Karl“ absteigt. In beiden Hotels werden die bestellten Zimmer schon besetzt. Fürst Bismarck wird für den 19. d. in Wien erwartet. Der Fürst wird bei einem Verwandten der Familie Jopos, dem Grafen Balffy, in der Wallnerstraße, dessen Palais aus Anlaß der Hochzeitfeierlichkeiten vollständig renoviert wird, wohnen. Wie aus München gemeldet wird, gedankt Fürst Bismarck nach der Hochzeit des Grafen Herbert Bismarck von Wien aus sich nach München zu begeben und dort einige Tage als Gast des Grafen von Ebnach zuzubringen. Von München soll sich der Fürst zur Kur nach Kissingen begeben.

— Lieutenant Georg von Hülßen, Militär-Attache bei der preussischen Gesandtschaft in München, welcher gegenwärtig mit Urlaub in Berlin weilt, ist beauftragt, hier selbst die Vorbereitungen für die auf der Nordlandreise des Kaisers an Bord der „Hohenzollern“ stattfindenden Anstimmungen zu treffen. Lieutenant von Hülßen bleibt in Berlin, bis der Kaiser seine Reise antreibt, um den Monarchen alsdann auf derselben zu begleiten.

— Die Anlage in der Welsen-Affäre ist nach der „Hannov. Volks-Ztg.“ gegen 32 welfische Klubs u. 65 Personen, meist Vorstandsmitglieder dieser Klubs, gerichtet. Sie sollen das Vereinsgesetz übertreten haben.

— Die Sozialdemokraten wollen die Erfahrung gemacht haben, daß bei Anlässen in den westlichen Provinzen die sogenannten Streikbrecher immer aus den östlichen Provinzen kommen, wo gewerkschaftliche Organisationen seltener sind. Um dem entgegenzuwirken, sollen, wie die „Köln. Ztg.“ meldet, massenhafte Flugblätter durch die Generalstreikkommission in Hamburg auch in polnischer Sprache im Osten verbreitet werden. Wenn der Boden durch die Flugblattverteilung etwas geebnet ist, sollen Versammlungen abgehalten werden.

— Der Dampfer „Kavang“ der deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft zu Hamburg ist mit der abgelassenen Besatzung S. M. S. „Vegeta“ und dem abgelassenen Besatzungsmitglied S. M. S. „Alexandrine“, — Transportfähiger Korvetten-Kapitän Köhler, — am 12. Juni cr. in Port-Said eingetroffen und am 13. d. desselben Monats nach Wilhelmshafen weiter in See gegangen.

Bremen, 11. Juni. Im Regierungsbezirk Bromberg sind, wie der Regierungs-Präsident im „Amtsblatt“ bekannt macht, wieder mehreren Kommunalverbänden statt der bisherigen politischen Namen deutsche Benennungen beigelegt worden, und zwar wird im Kreise Bromberg der Amtsbezirk (Rittergut) Polnisch Pryglubie von jetzt ab Weichselhof, im Kreise Gnesen der Amtsbezirk Pierzyska von jetzt ab Widau, im Kreise Inowrazlaw der Amtsbezirk Niemcewo von jetzt ab Schönwiese, im Kreise Kolmar i. P. die Gemeinde Glaschütz Niemcewo von jetzt ab Neuhütte, im Kreise Mogilno der Amtsbezirk Szegelin von jetzt ab Scheglin, und im Kreise Wloclaw der Amtsbezirk (Rittergut) Wloclaw von jetzt ab Ritscherheim genannt werden.

Jüterbog, 12. Juni. Die Feier des 25jährigen Bestehens der Artillerie-Schießschule wurde am 10., 11. und 12. Juni feierlich begangen. Schon am Abend des 10. von einer Ehrenkommission der Festjubiläen „Willkommen“ entgegen und die Straßen und Häuser prangten in Gärten und Fahnenmischel, dessen Hauptpunkt das Kasino der Feld-Artillerie-Schießschule bildete. Hier wurden am Freitag Abend die aus allen Richtungen der Provinz eingetroffenen Gäste, die überaus zahlreich erschienen, begrüßt. Wir nennen den General-Inspekteur der Fuß-Artillerie, Generalleutnant Salzbach, den Inspekteur der Feld-Artillerie, Generalleutnant v. Hoffbauer, und den Direktor des Waffen-Departements im Kriegsministerium, Generalleutnant Müller. Im Auftrage ihrer Monarchen waren auch die Militär-Bevollmächtigten Sachsens und Baierns, Oberst v. Schlieffen und Generalmajor Ritter v. Haag, erschienen, welche die Orden überreichten, die König Albert von Sachsen und Prinzregent Luitpold von Bayern dem Kommandeur der Fuß-Artillerie-Schießschule, Oberst von Rauch, dem Kommandeur der Feld-Artillerie-Schießschule, Oberleutnant Schmidt, dem Major Bauer und dem Major Wörmeyer verliehen hatten. Auch meldete sich eine Abordnung der kaiserlichen Behörden unter Führung des Witzgermeisters, die an jede der beiden Schießschulen eine kunstvoll ausgestattete Adresse überreichte. Der erste Abend war Aufführungen und einem geselligen Zusammenkommen gewidmet. Die Aufführungen wurden mit einem vom Hauptmann Keller geleiteten und vom Lieutenant de Beau gesprochenen Prolog eingeleitet, dem ein lebendes Bild folgte, das die heilige Barbara, die Schutzpatronin der Artillerie, darstellte, mit emporgehobenem Schilde die Wüste des Kaisers befehlend, unter der Mannschaften der beiden Schießschulen sich die Hände zum Zeichen der Verbrüderung reichten. Hieran schloß sich ein dramatischer Scherz des als Dichter bekannten Hauptmanns Kaufmann folgte. Fuß-Artillerie-Bataillon Nr. 9, betitelt „Vertholb Schwarz und seine Töchter“. Am Sonnabend Vormittag 10 Uhr versammelten sich die Festgenossen auf dem etwa 30 Minuten von der Stadt belegenen Schießplatze, um dem Festschießen der beiden Schießschulen beizuwohnen. Eröffnet wurde es von der Fuß-Artillerie-Schießschule. Eine Batterie schoss aus einem 4.15 Zentimeter-Mörser und die andere Batterie aus einer 4.15 Zentimeter-Kanone gegen ein Ziel auf 2400 Meter. Es folgte ein Schießen aus 4.5 Zentimeter-Kanonen in Panzerkassernen mit Kartätschen auf anrückende Sturmkolonnen. Jedes Geschütz verfeuerte 100 Schuß in etwa 5 Min. Hieran schloß sich ein Schießen der Feld-Artillerie-Schießschule. Zunächst feuerte eine Batterie

im Kosium der Artillerie Friedrichs des Großen aus acht glatten Geschützen mit Vollkugeln, und dann mit Kartätschen gegen Infanterie- und Kavalleriezieben. Die Beobachtungsmannschaften waren jedoch nicht zu Pferde, sondern führten, wie in früheren Zeiten, die Pferde an der Leine. Hieran schloß eine moderne Batterie gegen die verschiebenden Ziele, gegen eine feindliche Batterie, gegen Schützengraben, gegen liegende Schützen u. s. w. Weiter wurde der letzte Teil der Feier durch ein festes Gewitter mit heftigen Regengüssen stark beeinträchtigt. Nach beendeten Schießen wurde in einem festlich geschmückten und mit sinnigen Sprüchen decorirten Zelte das Frühstück eingenommen. Nach der Rückkehr in die Stadt begannen um 4 Uhr das Festmahl im Kasino der Feld-Artillerie-Schießschule. Auf der reich geschmückten Tafel prangten als Geschenke der theueren Offiziere des Stammes der Artillerie-Schießschule zwei kostbare silberne Tafelaufsätze. Während des Mahles erob sich der älteste anwesende General, Generalleutnant Salzbach, um das Koch auf den Kaiser auszubringen, in das sämtliche Festgenossen dreimal mit Begeisterung einklinkten.

Galle, 13. Juni. (W. T. Z.) Der Professor der Philosophie Dr. Johann Eduard Erdmann ist gestern gestorben.

Hamburg, 13. Juni. Zum siebenten deutschen Brauertag sind ungefähr hundert Gäste hier eingetroffen. Die Begrüßung der Gäste fand im Sagemiehlischen Saale durch Direktor Lab-Mienstet statt.

Bremen, 10. Juni. Ueber die schon wegen des großen Interesses der Reichsmarine bedeutungsvolle Erweiterung der Hafenanlagen in Bremerhaven wurde an dieser Stelle bereits wiederholt früher berichtet. Wie schon telegraphisch gemeldet, ist nunmehr der endgültige Plan vorgelegt worden. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß derselbe von Senat und Bürgererschaft genehmigt wird, denn es sind eingehende Vorberathungen mit Preußen, mit der Reichsmarine und mit dem Norddeutschen Lloyd vorausgegangen. Die Gesamtkosten betragen sich jetzt auf 16,064,000 Mark, wenn von den etwa 144,000 Mark abgezogen wird, die das Reich gegebenenfalls für die Tiefenerweiterung der Schleuse von 6½ auf 7 Meter unter Niedrigwasser zu zahlen hat. Die Schleuse soll eine Kammerlänge von 200 Metern und eine nutzbare Länge von 215 Metern erhalten, so daß Schiffe bis zu 195 Metern Länge in der Kammer selbst abzuliegen, Schiffe bis zu 215 Metern Länge aber durchzuschleusen sind. Die zur Zeit längsten Schiffe des Lloyd haben eine Länge von 141 Metern. Nach dem Vertrage zwischen Preußen und Bremen über die Hafenerweiterung sollen von den Schiffen der kaiserlichen Marine Hafengebühren nicht erhoben werden. Wie schon aus den oben angeführten Größen ersichtlich, kann selbst der größte Panzer der kaiserlichen Marine den Hafen aufsuchen. Da von der Marine verlangt wurde, daß unter gewöhnlichen Verhältnissen selbst 94 Meter tiefegehende Schiffe die Kammerhöhe benutzen können, so muß sie wie gesagt die Tiefen für eine Tiefe von 7 Metern am Bremerhafener Pegel tragen. Hinsichtlich der Breite wurde eine solche von 25 Metern, wie sie die Schleusen des Nord-Ostseekanals besitzen, für die größten Kriegsschiffe und Handelschiffe, selbst unter Berücksichtigung einer erheblichen Zunahme der Breite der letzteren, als ausreichend erachtet. Für die Länge der Schleusen kammer verlangt die Kriegsmarine nicht mehr als 160 Meter, im Interesse des Norddeutschen Lloyd wurde aber eine Länge von 200 Metern für nötig erachtet, und zwar aus dem sehr interessanten Grunde, weil es sehr wahrscheinlich ist, daß auch der Lloyd für seine Schnellposten zum System der Zweischnabenschiffe übergeht. Und da diese bei der Geschwindigkeit, die neuerdings für die Schnellposten verlangt wird, etwa 180 Meter lang werden müssen (die Hamburger Doppelschnabenschiffe haben eine Länge von 153 Metern), so konnte nicht unter 200 Meter Breite gegangen werden. Sollte sich der Lloyd jemals doch noch längere Schiffe anschaffen, so kann es sich bei dem ungeheuren Kapital, das in ihnen stecken würde, nur um eine geringe Zahl derselben handeln, deren Ein- und Auslegen durch die Schleusen während der Schleusenzeit sich ohne Mühe bewerkstelligen lassen dürfte. Interessant, weil abweichend von älteren Anlagen, ist es noch, daß die Nordseite des Hafens kalkulatorisch verlagert wird, um an dem Strom einen Vorgelege zu gewinnen, wie er den Nordbäumen Anlage stellen entspricht. Dieser Vorgelege kann nach Bedürfnis erweitert werden, so daß die Nordbäume Anlagen ihm keinen Eintrag mehr thun können.

Dresden, 10. Juni. Die Kunde, daß Fürst Bismarck auf der Reise nach Wien nicht nur Dresden berühren, sondern auch hier übernachten werde, hat den Gedanken angeregt, dem Ehrenbürger unserer Stadt bei dieser Gelegenheit eine Huldigung darzubringen. Dieser Gedanke, der zahllose Herzen bewegt, hat nunmehr greifbare Gestalt gewonnen, indem sich gestern ein provisorisches Komitee zur Vorbereitung der notwendigen ersten Schritte gebildet hat. Vorausgesetzt wird der Aufenthalt des Fürsten von Sonnabend, den 18. d. Mts., Abends 9 Uhr, bis Sonntag Mittag 11½ Uhr wägen.

Freiburg i. B., 10. Juni. Das fester erscheinende Verzeichniß der Universität enthält für dieses Semester die Gesamtzahl von 1337 Hörern, von denen gegen 600 neue zugegangen sind; es befinden sich darunter nur 62 Hospitanten. Im Sommer 1886 nahmen im Ganzen 1404 Personen an den Vorlesungen Theil; somit ist der frühere höchste Stand nahezu wieder erreicht. Wie immer ist die medizinische Fakultät die größte; diesmal folgt sodann die juristische mit über 300 Mitgliedern, hierauf die philosophische und zuletzt die theologische. Der Landesangehörigkeit nach weist Preußen die höchste Zahl auf; es folgen Baden, Sachsen, Württemberg, Hamburg, Bayern u. s. w. Aus außer-europäischen Ländern stammen 32, darunter 24 aus Amerika.

Noch im Laufe dieses Sommers soll eine Zusammenkunft von Mitgliedern des Lehrkörpers der Universitäten Heidelberg, Straßburg und Freiburg stattfinden. Als Versammlungsort ist vorläufig Baden-Baden in Aussicht genommen.

Oesterreich-Ungarn.
 Wie ein Privattelegramm aus Pragbram meldet, sind drei Bergarbeiter verhaftet worden, deren einer von seinen Genossen beschuldigt wird,

alten brennenden Docht in den Füllort geworfen zu haben, ohne ihn zu löschen, und darauf mit anderen vier Kameraden ausgefahren zu sein. Man erwartet noch weitere Verhaftungen.

Das schöne Kapitel von dem Rubel auf Reisen hat eine neue Erweiterung erfahren. Polnische Blätter, denen wir die Verantwortung für die Meldung überlassen müssen, berichten, daß die Reisefloßen der jesischen Turner für die Fahrt nach Nancy von dem Petersburger slavischen Wohltätigkeitsverein besprochen worden seien. — Daß die slavische Begeisterung der Gehen eine so reale Basis hat, ist uns nichts Neues; nur das ist neu, daß diese Begeisterung auf Petersburger Kosten jetzt auch Gastvorstellungen im Auslande giebt.

Wien, 10. Juni. Eine noch ziemlich neue Erscheinung im polnischen Vereinsleben bilden die Turnvereine, welche sich den gemeinsamen Namen „Sokol“ (Falke) beigelegt haben. In der Provinz Posen — so schreibt man der „Schles. Ztg.“ — bestehen derartige Vereine in den Städten, Posen, Gnesen, Bromberg, Inowrazlaw, Samter, Ostrowo und Pleschen; auch Berlin hat seinen polnischen Turnverein. Alle diese Vereine sind seit der Mitte der 80er Jahre entstanden. Alter sind die polnischen Turnvereine in Oesterreich, woselbst im Jahre 1867 zu Lemberg der erste polnische Turnverein gegründet wurde. In Oesterreich und Preußen bestehen überhaupt 33 derartige Vereine. In Rußland-Polen sind die Turnvereine verboten. Einige dieser Turnvereine zählen eine bedeutende Mitgliederzahl, doch ist die Zahl der wirklichen Turner bei fast allen Vereinen nur eine mäßige, ein Umstand, der zu dem Schluß führt, daß die „Sokols“ auch noch einen andern Zweck verfolgen, als die Turnerei zu pflegen. Auf dem großen polnischen Turnfeste zu Lemberg, in den Pfingstfesttagen, waren unter Führung des Rechtsanwalts Czarnowski auch polnische Turner aus Posen, Inowrazlaw, Ostrowo, Pleschen und Berlin erschienen. Wie polnische Blätter mit Genugthuung berichten, wurden die polnischen Turner aus der Provinz Posen mit großem Enthusiasmus begrüßt. Auf dem Turnerbänke am ersten Feiertage lobten die Sympathisanten zwischen den polnischen und jesischen Turnern in hellen Klammern auf, und zahlreiche national durchwehte Tücher wurden gewechselt. Auf der Rückkehr von Lemberg wurden die polnischen und jesischen Turner auch in Krakau von dem dortigen polnischen Turnverein gastfreundlich aufgenommen. Bei dem Festmahl, welches ihnen zu Ehren stattfand, wurden zahlreiche Toaste ausgebracht, durch welche sich als rother Faden stets die Verbrüderung der Gehen und der Polen hindurchzog. Dr. Stężycki, der Vorsitzende des Krakauer Turnvereins, brachte einen Toast auf die Polen der Provinz Posen und auf die Gehen aus, worauf die Musikkapelle die jesischen Nationalhymne intonierte und die Festteilnehmer einander in die Arme fielen. Im Namen der Polen aus der Provinz Posen sprach Kaufmann Wiendowski-Posen und toastete auf den Krakauer „Sokol“. Den Schluß der Toaste machte das bekannte: „Kochajmy sie!“ (Lieben wir einander!), wobei Polen und Gehen auf neue umarmten und die Führer der Gehen sogar emporgehoben und im Saale umhergetragen wurden.

Prag, 13. Juni. (W. T. Z.) Sammlische hiesige Abendblätter, welche die Rede Eduard Grega's in der beiderseitig aufgelösten Versammlung in Deutsch-Prag reproduzieren, sind konfirmiert worden. Grega hatte in seiner Rede empfohlen, das Beispiel der ungarischen Opposition im Parlamente nachzuahmen.

Schweiz.
Bern, 13. Juni. (W. T. Z.) Der Nationalrat hat den Antrag Joos (Schaffhausen), demzufolge der Bundesrat prüfen sollte, ob die Bundesverfassung nicht einen Zusatz erhalten solle, wonach der Bund auf dem Wege der Gesetzgebung Grundbesitz aufzustellen hätte, nach welchen die Verstaatlichung von Eisenbahnen zu geschehen hat, abgelehnt.

Belgien.
 In Belgien hat die Erkenntnis der Nothwendigkeit besserer und namentlich kürzerer Eisenbahnverbindungen mit Deutschland, wie i. Z. schon mitgeteilt, zur Ausarbeitung eines Bahnprojekts Antwerpen-Ostende geführt. Durch Herstellung dieses direkten Schienenweges zwischen den genannten beiden Plätzen hofft man zum mindesten einen beträchtlichen Theil des belgischen Handelsverkehrs, welcher jetzt über Holland geht, wieder für das eigene Land zurück gewinnen, denn Antwerpen steht durch die Bahn nach Lablabb in gerader Verbindung mit dem deutschen Norden, so daß nach Herstellung des noch fehlenden Zwischenstückes Antwerpen-Ostende eine direkte Linie Ostende-Berlin geschaffen sein würde. Die Inangriffnahme der Linie dürfte schon demnächst zu gewärtigen sein, nachdem es nunmehr feststeht, daß der Leberzug über den Scheldestrom bei Hoboken mittelst fester Brücke erfolgen soll. Damit allein aber wollen sich die an der Pflage des deutschen Verkehrs interessierten belgischen Handels- und Geschäftskreise nicht begnügen, sondern haben bereits den Plan einer direkten Eisenbahnverbindung Brüssel-Namur-Mainz ins Auge gefaßt, welche die kürzeste Verbindung zwischen Belgien und Süddeutschland schaffen soll. Sie sind auch bereits an zukünftiger Regierungsgesellschaft dazu vorstellig geworden, daß die belgische Regierung sich wegen Durchführung dieses Projekts unverzüglich mit der deutschen ins Benehmen setze.

Brüssel, 13. Juni. (W. T. Z.) Nach Mittheilungen des Leiters der afrikanischen Mission der weißen Brüder zu Mecheln über die Vorgänge in Uganda geht aus einem Schreiben des Vaters Guillemin vom 31. Januar hervor, daß eine große Anzahl Männer, Frauen und Kinder sich als Gefangene im Fort Kapala befanden. In einem Briefe vom 4. Februar heißt es, dem Führer der Katholiken, Msiji, sei es fünf Mal gelungen, die heranrückenden Protestanten zurückzuweisen. Darauf sei von den letzteren ein Mitrailleurfeuer eröffnet worden, durch welches die Katholiken außerordentliche Verluste erlitten hätten. Die Ueberlebenden seien nach dem Victoria-Nyanza gedrängt worden, hierbei seien fünf bis sechshundert Menschen im Wasser umgekommen. Guillemin habe seine Aufzeichnungen im Geheimen und mit Bleistift machen müssen. Der dritte Brief desselben sei nicht ans Ziel ge-

langt. Vater Guillemin schrieb am 16. Februar, der deutsche Offizier Kühne habe dem Bischof Dith und dem König Mwanga das Leben gerettet. Die letzteren seien nahe daran gewesen, in die Gefangenschaft zu geraten, als die Bark Kühne's angelangt sei. Kühne habe auf drei Barken die deutsche Flagge gehißt und dadurch die Käme der britischen ostafrikanischen Gesellschaft zur Ueherveranlassung.

Frankreich.
Paris, 13. Juni. (W. T. Z.) Deputirtenkammer. Der radikale Deputirte Morcan (Departement Nord) richtete an die Regierung eine Anfrage wegen der Gesellschaft für Hüttenwerke „Noire Dame“, welche in Wirklichkeit von der Gesellschaft geleitet werde und gegen die Gesetze verstoße, da sie sich nicht mit gewerblichen Dingen, sondern mit religiöser Propaganda beschäftige und die Arbeiter von den Arbeitgebern abtrennen wolle, an dieser Propaganda theilzunehmen. Der Justizminister Ricard erwiderte, die fragliche Gesellschaft stehe mit den Gesetzen in Widerspruch. Die Regierung habe Anordnungen getroffen, daß dieselbe vor das Justizpolizeigericht in Lille gestellt werde. (Beifall links, Arm rechts.) Hierauf wurde eine von dem Deputirten Dubard vorgeschlagene und von der Regierung acceptirte Tagesordnung, in welcher die feste und energische Anwendung der bestehenden Gesetze verlangt wird, mit 306 gegen 148 Stimmen angenommen. Die Sitzung wurde darauf aufgehoben.

Paris, 13. Juni. (W. T. Z.) Es bestätigt sich, daß die französischen Behörden die Einschiffung von 500 Senegalesen in Dakar, die für Bahnbauten in dem Kongostaate angeworben waren, verhindert haben.

Paris, 13. Juni. (W. T. Z.) Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Rumänien und Frankreich nehmen einen guten Fortgang; man glaubt, daß dieselben demnächst zum Abschluß kommen würden.

Italien.
Rom, 13. Juni. (W. T. Z.) Die Kammer hat den Gesetzentwurf genehmigt, wonach die Regierung ermächtigt wird, einen etwaigen Handels-Schiffahrts-Vertrag mit Spanien bis zum 31. Dezember in Kraft treten zu lassen.

Großbritannien und Irland.

London, 10. Juni. Die Monarchenzusammenkunft ist heute gestern im Foyer des Unterhauses eifrig besprochen. Im Ganzen genommen, schien man aber nicht geneigt, der Begebenheit eine politische Wichtigkeit oder politische Beweggründe beizulegen, vielmehr war man der Ansicht, daß, soweit der Zar in Betracht kommt, finanzielle Gründe vorliegen, welche es gerathen, abgelehnt erscheinen ließen, den Schein eines Entgegenkommens zu wahren — wie sich die „St. James Gazette“ ausdrückt — wenigstens „Vorfälle“ abzuweisen, um die langstehende Schuld eines Gegenbesuches nach russischer Manier zu begleichen. Ein Abgeordneter ging so weit, zu vermuten, daß die „Kotshilds“ dahinter steckten und es dem Zaren zur conditio sine qua non gemacht hätten, wenn es ihre und des Herrn von Schleierhörsen Fülle in Anspruch nehmen wolle. Diese Vermuthung mag aus der Luft gegriffen sein, es ist aber nicht zu leugnen, daß sie glaubhaft ist, denn, bestem Vernehmen nach, wird die Hungersnoth in den bereits heimgefallenen Provinzen Rußlands im kommenden Winter von neuem ausbrechen, und die dafür bestimmten Mittel sind erschöpft. Diese Ansicht wurde mir kürzlich von einem Herrn aus Kasan bestätigt. Derselbe erachtete, daß Jahre vergehen müßten, ehe die Landbevölkerung der östlichen Provinzen, namentlich Kasan, ohne Hilfe bestehen könnte. Die Zahl der Hilfsbedürftigen beziffert sich auf mindestens anderthalb Millionen“. Die überaus günstigen Ernteberichte konnten, seiner Ansicht nach, an der Lage wenig oder nichts ändern, da dieselben nur auf den Süden Bezug haben. „Bei uns“, erklärte mein Gewährsmann, „haben wir heuer überhaupt keine Ernte, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil nichts gesät worden ist. Das bishen Saat Korn, was zur Vertheilung kam, wurde von den Bauern zur Nahrung verbraucht. Aber selbst wenn Saat Korn in Ueberfluth vorhanden gewesen wäre, hätte es nicht zum Ackerbau verwertet werden können, weil die Leute zum großen Theil vom Hunger zu geschwächt waren, um das Land zu bestellen, überdies fehlt es an Pferden, da fast 100,000 theils geschlachtet wurden, theils verhungert sind. Ohne zeitige Hilfe wird es im kommenden Winter noch schlimmer werden, als im letzten. An Stenerzahlen ist auf diese Jahre gar nicht zu denken.“

Der Besuch des Fürsten von Bulgarien hat bisher kaum die verdiente Beachtung gefunden. Die Monarchen-Zusammenkunft und das „Aufmerksam“ französische Intermezzo festelte die Aufmerksamkeit der politischen Welt von ganz Europa und lenkte zeitweilig die Blicke von dem Herrscher von Bulgarien ab. Jetzt aber kündigt man hier an, die Wichtigkeit der Begebenheit zu erkennen. Alle Zeitungen beschäftigen sich mit dem Fürsten von Bulgarien und zollen ihm warme Sympathie und Anerkennung. Inwiefern dem Besuch eine politische Wichtigkeit beigemessen werden muß, geht aus der Rede hervor, welche der Fürst heute bei dem ihm zu Ehren veranstalteten Frühstück in Mansionhouse gehalten hat. In Erwiderung auf den Toast des Vorkamers äußerte sich der Fürst u. a. wie folgt: „Indem ich nach England kam, war ich eifrig darauf bedacht, der britischen Nation meine Dankbarkeit erkennen zu geben für die vielen Beweise der Sympathie, welche dem Volk, das mich zu seinem Haupt erkor, von England zu Theil geworden sind. Der gütige Empfang, den mir Ihre Majestät die Königin bereitet hat und die Aufmerksamkeiten, welche ich seitens der königlichen Regierung erhalten habe, beweisen, daß meine Vertheilungen für die friedliche Entwicklung des bulgarischen Volkes, wie auch im Interesse des Friedens auf der Balkanhalbinsel im Allgemeinen, von der britischen Nation gewürdigt worden sind. Ich ergreife diese Gelegenheit, dafür meinen wärmsten Dank auszusprechen.“

London, 13. Juni. (W. T. Z.) Oberhaus. Lord Salisbury erklärte, es sei heute Nachmittag ein Telegramm aus Sansibar mit Nachrichten aus Manza in der Nähe des Südens des Viktoria-Nyanza vom 31. März d. J. eingelaufen, in welchem das Eintreffen des Ra-

